

# Altersarmut - wirksam bekämpft

Autor(en): **Seifert, Kurt**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **PS-Info : Neues von Pro Senectute Schweiz**

Band (Jahr): - **(2000)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-788058>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Altersarmut – wirksam bekämpft

Eine neue Studie des Bundesamtes für Statistik belegt die Bedeutung der Ergänzungsleistungen: Dank ihnen kann die Armut im Alter spürbar verringert werden. Ohne diese Sozialleistungen würde die Gruppe der Rentnerinnen und Rentner eine überdurchschnittliche Armutsquote aufweisen.

Können staatliche Sozialleistungen das Risiko mindern, in einem der reichsten Länder der Erde arm zu werden bzw. es zu bleiben? Die Wirksamkeit sozialpolitischer Instrumente steht zur Diskussion. In vielen Fällen wird sie ohne genauere Kenntnis der Fakten geführt. Deshalb ist es begrüssenswert, wenn das Bundesamt für Statistik entsprechende Daten liefert. Im Herbst werden Christian Suter und Marie-Claire Mathey ihre Studie «Wirksamkeit und Umverteilungseffekte staatlicher Sozialleistungen» vorlegen. Eine Kurzfassung ist bereits erschienen.

Die Wirksamkeit staatlicher Sozialleistungen wird daran gemessen, ob sie dazu beitragen, das Ausmass an Armut zu verringern. Von Umverteilungseffekten wird gesprochen, wenn finanzielle Mittel von den leistungsstärkeren zu den leistungsschwächeren Einkommensgruppen fliessen. Die Ergänzungsleistungen für AHV-Rentnerinnen und -Rentner erweisen sich als wirksam und haben zugleich einen beachtlichen Umverteilungseffekt. Die in der nationalen Armutsstudie «Lebensqualität und Armut in der Schweiz» (Bern 1997) erstmals aufgezeigte unterdurchschnittliche Armutsbetroffenheit von Altersrentnerinnen und -rentnern ist auf die «hohe Wirksamkeit» sozialstaatlicher Massnahmen zurückzuführen – «und zwar in erster Linie auf die Ergänzungsleistungen», schreiben Suter und Mathey.

Ohne diese Massnahmen «würde die Gruppe der Rentner und Rentnerinnen eine über-

durchschnittlich hohe Armutsquote aufweisen. Allerdings gibt es auch unter den Rentnern nach wie vor Gruppen mit sehr hohen Armutsquoten – so insbesondere bei den Rentnern und Rentnerinnen ausländischer Nationalität», heisst es im Kurzbericht.

Ein paar Zahlen dazu: Nimmt man die Bezugsberechtigung für Ergänzungsleistungen zur AHV/IV als Armutsgrenze an, so gehören heute noch 9,6 Prozent der Rentnerinnen und Rentner zur Gruppe der Armen. Nimmt man hingegen die Richtsätze der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) als Schwelle, so zählen lediglich 3,6 Prozent aller Rentnerinnen und Rentner zu dieser Gruppe. Ohne die Zahlung bedarfsabhängiger Sozialleistungen würden die entsprechenden Zahlen bei 13,0 bzw. 8,7 Prozent liegen.

### Umverteilung dank AHV

Der stärkste Umverteilungseffekt geht übrigens von der AHV aus. Das hat einerseits mit dem grossen Finanzierungsvolumen dieses Sozialwerks zu tun. Ausserdem enthält es auch eine starke Solidaritätskomponente: Die Rentenhöhe ist weitgehend unabhängig von der Höhe des vorherigen Erwerbseinkommens und der Unterschied zwischen Minimal- und Maximalrenten steht im Verhältnis von 1:2, hält sich also in engen Grenzen.

Diese Solidaritätskomponente gibt es bei der beruflichen Vorsorge nicht. Problematisch ist auch, dass die Haushalte der untersten Einkommensschicht dort ausgeschlossen bleiben. Eine Verlagerung des Schwergewichts bei der Alterssicherung von der AHV zur beruflichen Vorsorge hätte deshalb zur Folge, dass mehr Sozialleistungen für die finanzschwachen Rentnerinnen- und Rentnerhaushalte aufgewendet werden müssten. *kas*

*Die erwähnte Studie ist ab Herbst 2000 beim Bundesamt für Statistik (Tel. 032 713 60 11) erhältlich.*



Weniger Armut dank  
Ergänzungsleistungen